



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Bergedorf
Bezirksversammlung

Antrag öffentlich Fraktion GRÜNE Bergedorf SPD-Fraktion FDP-Fraktion	Drucksachen-Nr.: 21-1374
	Datum: 12.05.2022
	Aktenzeichen:

Beratungsfolge		
	Gremium	Datum
	Bezirksversammlung Bergedorf	19.05.2022

**Schuleingangsuntersuchungen absichern - bezirklichen Gesundheitsdienst
personell stärken**

Sachverhalt:

Antrag des BAbg. Krönker und Fraktion GRÜNE Bergedorf
der BAbg. Gündüz und SPD-Fraktion
der BAbg. Kubat, Jacobsen und FDP-Fraktion

Durch die hohe Belastung in den Coronajahren ist erst ins öffentliche Bewusstsein gerückt, wie wichtig der öffentliche Gesundheitsdienst ist und welche hervorragende Arbeit insbesondere auch für Kinder und Jugendliche und deren Familien hier geleistet wird.

Sowohl der Jugendpsychologische Dienst aber besonders der schulärztliche Dienst sind unverzichtbar. Dies ist erst dann ins öffentlich Bewusstsein gerückt, als diese Tätigkeiten reduziert werden mussten, weil die Pandemiebekämpfung alle Kräfte absorbierte. So kam es zu nicht hinnehmbaren Reduzierungen insbesondere bei den Schuleingangsuntersuchungen. Hierbei wurde sehr bald deutlich, dass diese Untersuchungen neben den kinderärztlichen Vorsorgeuntersuchungen unverzichtbarer Bestandteil der Sicherstellung der Gesundheit von Kindern und Jugendlichen sind. Bergedorf hat als familienfreundlicher und kinderstarker Bezirk hier eine besondere Belastung getragen. Umso wichtiger ist, dass dieser Missstand behoben wird.

Auch in der Bundespolitik ist das Thema angekommen und es gibt den Pakt für den öffentlichen Gesundheitsdienst, der eine Personalaufstockung der kommunalen Gesundheitsdienste vorsieht. Angesichts der beschriebenen besonderen Bedarfslage sollten diese zusätzlichen Ressourcen für den Bezirk vorrangig in den Bereich der Kinder- und Jugendmedizin gehen. Vor dem Hintergrund der steigenden Schülerzahlen ist eine Personalverstärkung im Bereich der Schuleingangsuntersuchungen dringend geboten.

Petition/Beschluss:

1. Die Bezirksamtsleiterin wird aufgefordert, sich bei den zuständigen Fachbehörden dafür einzusetzen, dass aus dem Bundesprogramm die notwendigen Stellen zur Verstärkung des Gesundheitsamtes im Bereich der schulärztlichen Versorgung finanziert werden.
2. Die Bezirksamtsleiterin wird aufgefordert sich auch für die Stellen für das verabschiedete Modellprojekt zur Verbesserung der psychosozialen Versorgung von Kindern und Jugendlichen in und nach der Corona-Pandemie (Drs. 21-1180) einzusetzen.
3. Die Bezirksamtsleiterin berichtet in der ersten Sitzung nach der Sommerpause über ihre Bemühungen.

Anlage/n:
